



GEMEINDE BINNINGEN

Protokoll des Einwohnerrats

X. Legislaturperiode

26. Sitzung vom 26. September 2011

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Christian Schaub

Anwesend: 36 Mitglieder

Abwesend: B. Jost, St. Kaiser, T. Rehmann, J.-B. Urech

Präsident:

Protokoll:

Christian Schaub

Sandra Sprecher

Mitteilungen des Präsidenten

Christian Schaub begrüsst die Ratsmitglieder. Alex Achermann nimmt zum letzten Mal an einer Einwohnerratssitzung teil. Der Präsident würdigt sein langjähriges Engagement als Einwohnerrat, GRPK- und BPK-Mitglied.

Absenzen:

Für die heutige Sitzung haben sich Barbara Jost, Stefan Kaiser, Traude Rehmann und Jean-Bernard Urech entschuldigt.

Neu eingereichte Vorstösse:

- | | |
|---|-----|
| - Anfrage S. Abt, SP: Stand und Durchgangsplätze für Schweizer Fahrende | 194 |
| - Postulat SP-Fraktion: Infocard – Die Karte für Engagement | 195 |
| - Motion SP-Fraktion: Gemeindeerlasse nur noch in elektronischer Form | 196 |
| - Postulat M. Ziegler, FDP: Wider die Verbotsgesellschaft: Gleichstellung von Kinder- und Gewerbelärm | 197 |
| - Motion R. Ewald, SVP: Elektronische Abstimmungsanlage im Einwohnerrat | 198 |
| - Anfrage P. Kaiser, SP: Wie geht es weiter mit § 41 der kommunalen Finanzordnung? | 199 |
| - Postulat K. Bartels, CVP: Fit für Expats | 200 |

Es gibt keine Wortmeldungen zu den neuen Vorstössen.

Traktandenliste:	Gesch. Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 29.8.2011:	
2. Wahl eines stellvertretenden Mitglieds der Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012	
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011: Investitionsausgabe von CHF 276 000 für die Neugestaltung Schlosstreppe und Ersatz Behindertenlift <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	88
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011: Interpellation Urs-Peter Moos, SVP: Behindertenlift beim Binninger Schloss <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	180
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011: Motion Urs-Peter Moos, SVP: Begrünung der Betonwände um das Binninger Schloss: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Agathe Schuler</i>	166
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.8.2011: Motion Moos, SVP/Moll, FDP: Fensterläden für das Imhofhaus: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	167
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011: Ortsplanungsrevision: Zonenplan Siedlung und Landschaft <i>Geschäftskreisführung: Agathe Schuler</i>	192
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011: Ortsplanungsrevision: Zonenreglement Siedlung und Landschaft <i>Geschäftskreisführung: Agathe Schuler</i>	193
9. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5.7.2011: Postulat SP: Strom und Wärme vom Dach: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Agathe Schuler/Anne Mati</i>	149
10. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011 Postulat Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Begleichung der Rechnung der Eingliederungsstätte Baselland: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	162
11. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011 Interpellation SP: Familienexterne Kinderbetreuung <i>Geschäftskreisführung: Nicole Schwarz</i>	168
12. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011: Motion SP: Kommunale Reklameregulierung: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Charles Simon</i>	161
13. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.8.2011: Postulat Christoph Anliker, SVP: Wie weiter mit den Binninger Gemeindefinanzien unter dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2): Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	174
14. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011 Interpellation Katrin Bartels, CVP: betr. Bauabrechnung, Kostenkontrolle und Datenablage des Projekts Alters- und Pflegeheim Schlossacker <i>Geschäftskreisführung: Mike Keller</i>	176

15. Bericht des Gemeinderats vom 6.9.2011:

Interpellation Urs Brunner, SVP: Wohnsitznahme der Kaderangestellten der Gemeinde Binningen

179

Geschäftskreisführung: Charles Simon

16. Diversa

An der Sitzung vom 23. September haben die Büro-Mitglieder der Wahl von zwei neuen Stimmenzählenden zugestimmt. Es sind dies Susanne Tribolet, SP, die Traude Rehmann ablöst und Urs Weber, SVP, anstelle von Susanna Keller.

Den Platz als Vizepräsidentin hat heute Simone Abt inne, da Barbara Jost abwesend ist.

Traktandum 1

Das Protokoll der Sitzung vom 29. August 2011 wird mit dem Korrekturantrag von U.-P. Moos (S. 382: die Anfrage betreffend Littering hat die Geschäftsnummer 188, nicht 177) genehmigt und verdankt.

Traktandum 2

Gesch. Nr. 201

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in die Bau- und Planungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012

://: Für die restliche Amtsperiode wird Jürg Blaser, SVP, als stellvertretendes Mitglied der Bau- und Planungskommission gewählt.

Traktandum 3

Gesch. Nr. 88

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011:

Investitionsausgabe von CHF 276 000 für die Neugestaltung Schlosstreppe und Ersatz Behindertenlift

Eintreten:

Severin Brenneisen, SP, dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die hervorragende Vorlage. Die anschauliche Darstellung der Varianten A bis E hilft der Entscheidungsfindung enorm und es wäre vieles einfacher gewesen, wenn die letzte Vorlage dieselbe Qualität gehabt hätte. Die SP-Fraktion hat die Stimmfreigabe beschlossen, da man sich auf keine Variante einigen konnte.

Silvia Bräutigam bedankt sich im Namen der *CVP-Fraktion* für die Vorlage. Die Fraktion favorisiert die Variante C aus folgenden Gründen: Sie kommt dem Initiativtext am nächsten. Die Brüstungshöhe der Mauer wird reduziert und das Podest sowie alle Treppenläufe mit einem durchsichtigen Geländer versehen. Die bestehende Treppe stört das insgesamt harmonische Gesamtbild nicht und ihr Bestehen verhindert unnötige Rückbaukosten. Der CVP war schon immer klar, dass die im Initiativtext eingesetzten CHF 100 000 nicht ausreichen würden. Der Volkswille, der eine Treppe von vorne verlangt, soll nun trotz Mehrkosten umgesetzt werden.

Die Fraktion möchte einen neuen Behindertenlift in den bestehenden Schacht einbauen lassen und sie fordert den Gemeinderat auf, beim Hersteller des alten Lifts eine Entschädigung einzufordern. Sie stimmt einem Investitionskredit von CHF 87 000 für den Lift zu und spricht sich für die Treppenvariante C aus.

FDP: Daniel Zimmermann bedankt sich für den detaillierten Bericht und meint, der Gemeinderat habe aus dem Vollen geschöpft. Seiner Ansicht nach ist die Auswahl zu gross. So können beispielsweise die Varianten A und B nicht gebaut werden, weil sie nicht der Initiative entsprechen. Er findet, dass die kantonale Denkmalpflege verwirrt, weil sie sich einerseits Lösungen vorstellen kann, andererseits in wesentlichen Punkten Vorbehalte hat. Als unnötig werden auch zwei Varianten Behindertenlift empfunden, weil der Pächter des Schlosses und die Pro Infirmis den Treppenaufzug nicht empfehlen. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass die offenen Punkte und Unklarheiten nochmals angeschaut werden müssen und möchte das Geschäft an die BPK überweisen.

SVP, Urs-Peter Moos begrüsst, dass heute eine Vorlage vorliegt, die diesen Namen auch verdient. Auch für die SVP stehen die Varianten A und B nicht zur Diskussion, weil es für Vorschläge dieser Art definitiv zu spät ist. Jetzt soll die Initiative mit der Variante C umgesetzt werden. Man ist froh, dass gleichzeitig der Behindertenlift thematisiert wird. Nicht nur die zahlreichen Pannen machten diesen Aufzug zum Ärgernis, sondern auch der Umstand, dass er von den Benützern nicht selber bedient werden konnte. Die Fraktion bevorzugt von den beiden Varianten den Treppenlift, findet aber, es sollten beide nochmals überprüft werden und beantragt eine Überweisung an die Bau- und Planungskommission.

Grüne/EVP, Anand Jagtap weist darauf hin, dass seine Fraktion schon immer gegen die Neugestaltung der Schosstreppe war. Sie hat das Gefühl, dass sich mittlerweile viele mit der heutigen Mauer abgefunden haben und das Geld lieber in ein anderes Projekt investieren würden. Die Grüne/EVP möchte eine möglichst günstige Variante, die es leider nicht gibt. Also bevorzugen sie eine Variante, mit der das Initiativkomitee gut leben kann. Es erscheint ihnen unsinnig, eine bestehende Treppe aus ästhetischen Gründen für viel Geld wieder abzureissen. Aus den genannten Gründen wünscht die Fraktion auch die Variante C.

Ein behindertengerechter Zugang zum Schloss ist dringend nötig und laut Vorlage kann nur die Liftvariante ohne zusätzliche Probleme realisiert werden. Dieser Lift muss allerdings unabhängig von der gewählten Treppenvariante eingebaut werden können. Die Variante Treppenlift erachten die Grünen/EVP als keine optimale Lösung. Dem Antrag 1 wird zugestimmt und der Antrag 2 mit der Variante E abgelehnt.

Gemeinderat Mike Keller dankt für die würdige Aufnahme der Vorlage. Im Namen des Restaurants plädiert er für eine schnelle Entscheidung beim Behindertenlift. Laut Aussagen des Pächters wird ein Treppenlift abgelehnt, weil die Benutzerinnen und Benutzer diese Art von Ausgestelltheit nicht schätzen. Er wünscht sich den Einbau des gleichen Typus' Lift wie gehabt in den bestehenden Schacht.

Zum Thema bestehende Treppe: Vor ca. eineinhalb Jahren wurde der Gemeinderat im Einwohnerrat wegen der seitlichen Treppe hart an gegangen. Sie sei zu gefährlich, nicht gesetzeskonform, die Stufen zu kurz und zu glatt und man fragte, ob sie überhaupt SUVA-konform sei. Jetzt, da eine endgültige Lösung realisiert werden soll, wäre es ratsam, sich der damals beanstandeten Makel zu erinnern.

Roger Moll, FDP: Er stellt ein gewisses Umdenken fest, hat nichts dagegen, wenn das Geschäft an die BPK überwiesen wird und bemerkt, dass darüber vor der Detailberatung abgestimmt werden sollte. Zu den Bemerkungen von Mike Keller sagt Roger Moll, dass es für das Initiativkomitee nie ein Thema war, grundsätzlich die seitliche Treppe zu entfernen, da der Anblick von der Schlossgasse her immer noch gut ist. Die Bausünde bestehe aus der Unterlassung eines Aufgangs von vorne, wie er historisch begründet ist. Nach Ansicht des Redners ist der Treppenlift möglicherweise realisierbar, doch die Treppenliftproblematik muss mit der Invaliden-Vereinigung Basel besprochen werden. Die IVB kennt die Bedürfnisse der Behinderten und kann helfen, eine optimale Lösung zu finden. Roger Moll wundert sich über die Denkmalpflege, die einerseits bei der seitlichen Treppe bemängelt, dass sie kein Podest hat und andererseits bei der Beurteilung der Varianten von vorne

das vorgesehene Podest kritisiert. Hier sieht man, dass die Denkmal- und Heimatschutzpflege gleiche Objekte verschieden beurteilt. Dieser Umstand ist mit ein Grund, warum der Redner für eine Überweisung an die BPK ist. Zum Thema Kosten bemerkt er, dass bei genauerer Betrachtung der aufgeführten Kosten eine Optimierung der Ausgaben durchaus möglich ist. Ausserdem gibt er zum Schluss zu bedenken, dass die vom Gemeinderat favorisierte Variante E mit Kosten von CHF 276 000 nur 1.2% der Gesamtausgaben von 22 Mio. für das ganze Projekt ausmachen.

Urs-Peter Moos, SVP, macht darauf aufmerksam, dass er schon vor der Volksabstimmung darauf hingewiesen hat, dass die BfU-Richtlinien (auch bei der Treppe im Park) nicht eingehalten werden. Der Gemeinderat hätte damals die Möglichkeit gehabt, einen Gegenvorschlag zu präsentieren. Dass Mike Keller nun diese Mängel als Argument für den Rückbau der seitlichen Treppe anführt, ärgert den Redner. Seine Fraktion ist bei der Wahl des Behindertenlifts offen, mit der Bedingung, dass das gewählte Modell von den Behinderten selber bedient werden kann, und sie möchte von Gemeinderat Keller wissen, ob das beim Schachtlift gewährleistet ist. Wie andere Redner schon festgestellt haben, war die Beurteilung des Projekts durch die Denkmal- und Heimatschutzkommission nicht optimal und dem Vorankommen nicht förderlich. Aus diesem Grund plädiert Urs-Peter Moos dafür, dass sich der Rat selber gründlich mit der Materie auseinandersetzt und sich nicht wieder von der Denkmalkommission in eine Richtung drängen lässt. Beim Thema Kosten wundert er sich darüber, dass die Variante E nur wenig mehr kosten soll als die Variante C und ist der Meinung, dass bei der Variante C bis zu CHF 50 000 eingespart werden können. Ausserdem gibt es bei C immer noch die Möglichkeit, dass der Mäzen dieses Projekt unterstützt.

Silvia Bräutigam, CVP: Nach der bisherigen Debatte plädiert die Fraktion dafür, das Geschäft Neugestaltung Schlosstreppe in die Bau- und Planungskommission zu geben. Über den Behindertenlift möchte sie heute abstimmen, weil dieser unabhängig von der Treppe realisiert werden kann.

SP, Severin Brenneisen macht deutlich, dass die SP-Fraktion den Antrag 1 des Gemeinderats unterstützt und über den Lift auch heute abstimmen möchte, damit es keine Verzögerung für dessen Einbau gibt.

FDP, Markus Ziegler setzt sich dafür ein, jetzt über die Überweisung in die BPK abzustimmen; einerseits, weil offenbar mehrere Fraktionen diesen Weg bevorzugen und andererseits um zu verhindern, dass man sich einmal mehr in Diskussionen um architektonische Details verliert.

Gemeinderat Mike Keller kommt auf die Frage von U.-P. Moos betreffend Lift zurück: Das Modell, welches der Gemeinderat ins Auge gefasst hat, ist in Basel bei der IV-Stelle installiert, was für die Qualität und die Bedienungsfreundlichkeit spricht. Es kann sowohl in der Kabine von den Fahrgästen als auch von oben, bzw. unten bedient werden.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Sie hat den Eindruck, dass sich das Initiativkomitee in gewissen Fragen nicht ganz darüber einig ist, was die Binninger Bürger eigentlich möchten. Es wird sogar von einem Mitglied des Komitees eine neue Initiative in Betracht gezogen. Die Aufgabe der BPK ist nun, die Diskussion und Bewertung der vorliegenden fünf Projekte. Die Rednerin bittet darum, dass sich das Komitee einigt, damit für die Arbeit in der BPK Klarheit herrscht.

Abstimmung Ordnungsantrag Markus Ziegler:

18 Ja, 18 Nein, Stichentscheid des Präsidenten: Nein

Vreni Dubi, SP: Ihre Fraktion ist der Meinung, dass der Lift separat behandelt werden muss. Vreni Dubi fragt, warum die Leute, welche die Variante C als die vernünftigste beurteilen, so vehement für eine Überweisung in die BPK sind.

Silvia Bräutigam: Die CVP möchte mit der Überweisung eine längere Debatte verhindern, betrachtet den Lift aber als unabhängiges Geschäft.

Urs-Peter Moos, SVP hält fest, dass das Initiativkomitee bei dieser Vorlage nicht mehr involviert ist. Weiter stellt er fest, dass die Voraussetzungen für den Binninger Lift nicht dieselben sind wie für den Standort IV-Stelle, weil im Untergeschoss des Schlosses ein Velokeller untergebracht ist. Dieser Umstand hat ja den Betrieb des Lifts erschwert. Wenn Mike Keller ihm klar zusichern kann, dass diese Friktion beim neuen Lift aufgehoben wird, stimmt die SVP-Fraktion dem vorgesehenen Modell zu. Zur Frage von V. Dubi weist U.-P. Moos darauf hin, dass sich dieses Vorgehen in den letzten Jahren immer wieder bewährt hat. Bei diesem Projekt soll sichergestellt sein, dass alles einwandfrei abläuft und es im Nachhinein nicht wieder Reklamationen gibt.

Willy Müller, FDP, ist der Meinung, dass die Treppe und der Lift nicht getrennt werden können. Bei den Varianten D und E kann kein Treppenlift gebaut werden. Die Sache soll gesamthaft betrachtet werden.

Mike Keller, Gemeinderat: Auf S. 9 des GR-Berichts steht: „Neuer Zugang in den Raum unter Treppe durch den Schlosskeller.“ Es gibt einerseits die Möglichkeit eines Zugangs aus dem Untergeschoss und andererseits direkt von Aussen. Es ist sicher sinnvoll den Zugang zum Velokeller vom Zugang zum Lift zu trennen.

SVP, Urs-Peter Moos fragt, was dann mit den Fahrrädern geschieht.

Nach einer kurzen Erläuterung von M. Keller auf diese Frage erklärt Markus Ziegler, FDP, Vreni Dubi, dass genau das der Grund ist, warum das Geschäft in die BPK soll. Es soll nicht im Einwohnerrat, sondern in der Kommission über solche Details diskutiert werden. Debatten dieser Art sind langweilig und schrecken potentielle Interessenten ab, sich politisch zu engagieren.

Peter Buess, Grüne/EVP stellt den Antrag, dass jetzt über den Antrag 1, Behindertenlift, abgestimmt wird. Danach könnte die BPK bei einer allfälligen Überweisung des Antrags 2 über die übriggebliebenen möglichen Varianten reden.

Abstimmung Antrag FDP Überweisung ganzes Geschäft in BPK:

20 Ja, 14 Nein, 2 Enthaltungen

://: Das Geschäft wird an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

Traktandum 4

Gesch. Nr. 180

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011:

Interpellation Urs-Peter Moos, SVP: Behindertenlift beim Binninger Schloss

Gemeinderat Mike Keller beantwortet die Fragen:

1. Wie viel hat der seit drei Jahren in Betrieb stehende, aber doch nicht funktionierende Behindertenlift gekostet (gemäss Rechnungen Lieferant)?

Gemäss Vertrag mit Hebetec kostete der Lift CHF 29'000.- (inkl. MWST) Mit automatischer Türe, mit Trennwänden und mit der Liftkabine (alles Spezialanfertigungen) sowie den Maurerarbeiten betrug der Gesamtauftrag CHF 60'000.- inkl. MWSt.

2. Welche weiteren Kosten sind der Gemeinde Binningen im Zusammenhang mit diesem Lift bisher entstanden?

Für die Mängelbehebungen hat die Gemeinde bisher nichts bezahlt. Sie ist der Auffassung, dass es sich um Garantiewerke handelt, welche gemäss Vertrag zu Lasten des Auftragnehmers gehen. Der Liftlieferant ist hingegen der Meinung, dass es sich um Verschleissteile handelt, welche nicht den Garantiebestimmungen unterliegen und deshalb vom Auftraggeber zu bezahlen sind.

Es wurde neu ein Telefon und zusätzliches Licht im Lift installiert (CHF 5'127.75 inkl. MWST).

3. Welchen Betrag hat der Lieferant bisher an die Gemeinde zurückbezahlt resp. wann gedenkt der Gemeinderat entsprechende Schadenersatzforderungen (vgl. 1 und 2.) an den Lieferanten zu stellen?

Der Lieferant wurde per Schreiben vom 26.5.2011 zu einer „letzten Mängelbehebung“ mit der First vom 31.8.2011 aufgeboten. Sollten dann immer noch Mängel bestehen, wird die Gemeinde den Aufzug zurückgeben und den Kaufpreis zurückfordern.

4. Wie lautet der verbindliche Zeitplan des Gemeinderates, für behinderte Menschen, aber auch Menschen, die nicht mehr so gut zu Fuss sind, endlich einen adäquaten Zugang zum Binninger Schloss zu gewährleisten?

Der Lieferant ist der Forderung der Gemeinde vom 26.05.2011 nachgekommen und hat Anfang Juni 2011 nochmals diverse Arbeiten am Behindertenaufzug vorgenommen. Danach funktionierte der Aufzug ohne Probleme – bis zum Unfall vom 01.09.2011.

Zur rechtlichen Klärung des Unfalls hat die Gemeinde die Polizei und das KIGA eingeschaltet.

Es soll nun ein neuer Behindertenaufzug eingebaut werden. Entsprechende Systeme hat der Gemeinderat schon evaluiert, Referenzen geprüft sowie Unternehmerangebote eingeholt.

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 5

Gesch. Nr. 166

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011:

Motion Urs-Peter Moos, SVP: Begründung der Betonwände um das Binninger Schloss: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

Urs Weber, SVP: In den vier Monaten, die der Gemeinderat Zeit hatte für die Bearbeitung dieser Motion, hat er anscheinend nicht viel unternommen, denn der vorliegende Bericht ist ohne Information. Es wurde zumindest einen Plan erwartet, auf dem die Wandflächen und die Eigentumsverhältnisse definiert werden. Die Bedenken des Gemeinderats betreffend Umsetzung aller Anliegen der Motion wegen verschiedener Eigentumsverhältnisse erscheint der SVP-Fraktion etwas weit hergeholt. Sie ist überzeugt davon, dass bei entsprechender Nachfrage beim Kanton und der Bürgergemeinde das Anliegen wohlwollend beantwortet wird. Die privaten Flächen dürften so klein sein, dass sie sowieso zu vernachlässigen sind. Die grossflächigen Betonwände verunstalten den Schlosspark und beeinträchtigt das historische Ambiente. Durch eine Begründung finden zahlreiche Kleinbewe-

sen Unterschlupf und die Artenvielfalt in Birsig-Nähe wird gesteigert, was eine konsequente Fortführung der Birsig-Renaturalisierung bedeutet. Die SVP hält an der Motion fest, denn nur so wird gewährleistet, dass der Gemeinderat die nötigen Massnahmen einleitet. Bei einem Postulat ist zu befürchten, dass die Angelegenheit weiter auf die lange Bank geschoben wird.

SP, Anne Platten bekräftigt den Handlungsbedarf bei den Betonmauern. Die SP-Fraktion unterstützt im Grundsatz die Begrünung zahlreicher Mauern, jedoch nicht in der formulierten Absolutheit der Motion. Ein Postulat erscheint ihr hier als bessere Variante. Dem Antrag des Gemeinderates wird einstimmig zugestimmt.

Peter Buess, Grüne/EVP: Die Fraktion sagt Ja zu Grün und plädiert für einheimische Pflanzen, auch wenn das nicht die billigste Lösung ist.

SVP, Urs-Peter Moos ist bereit, dem Einwand der SP Genüge zu tun und den Motionstext wie folgt anzupassen:

„Der Gemeinderat wird beauftragt, unverzüglich Massnahmen zu veranlassen, die sicherstellen, dass ~~alle~~ **neu: möglichst viele** Betonwände im Umfeld des Schlossparks (beim Birsig von der oberen Fussgängerbrücke bis unterhalb der Einstellhalle, Stützmauern hinter dem Imhofhaus, Strassenbrücke der Schlossgasse, sowie ~~gesamte~~ Aussenfläche Einstellhalle) mit allerlei verschiedenen Pflanzen ~~systematisch~~ **neu: nach Bedarf** (sowohl von unten nach oben, wie auch von oben nach unten) begrünt werden, so dass in einigen Jahren, zumindest von Frühling bis Herbst, ~~keine~~ **neu: kaum mehr** Betonwände sichtbar sind.“

Agathe Schuler, Gemeinderätin: Dem Gemeinderat ist klar, dass begrünt werden muss. Er bittet jedoch um eine Umwandlung in ein Postulat, da von der Form her keine Gesetzesumsetzung verlangt wird. Die Sache muss Schritt für Schritt geprüft und kann nicht unverzüglich umgesetzt werden (die richtige Jahreszeit ist abzuwarten).

Abstimmung über die Motion mit den erwähnten Änderungen:

23 Ja, 11 Nein, 2 Enthaltungen.

://: Die Motion wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 6

Gesch. Nr. 167

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.8.2011:

Motion Moos, SVP/Moll, FDP: Fensterläden für das Imhofhaus: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

Pascal Treuthardt: Die FDP ist (zumindest aus ästhetischer Sicht) für das Anbringen von Fensterläden und die Wiederherstellung der sandsteinernen Fensterbänke. Wenn dann die Kosten präsentiert werden, wird sich die Fraktion bestimmt wieder melden...Das Problem bei der Sache dürfte die Denkmalpflege sein, die das letzte Wort hat. Deshalb findet es die FDP besser, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und folgt dem Antrag des Gemeinderats.

Jürg Blaser: Nach Meinung der SVP wird durch das Fehlen der Fensterläden und der sandsteinernen Fensterbänke die „historische Einheit“, welche in der Abstimmung 2004 ein gewichtiges Argument war, beeinträchtigt. Bei den gegenüberliegenden Gebäuden (Schloss und Bürgerhaus) ist je-

weils beides vorhanden. Es stellt sich die Frage, warum die noch vorhandenen Fensterangeln nicht entfernt wurden, wenn doch keine Läden mehr erwünscht sind? Eine weitere Frage ist, ob beim Schlossparkprojekt ursprünglich Fensterläden vorgesehen waren, diese aber aus finanziellen Gründen gestrichen wurden. Dass die Denkmal- und Heimatschutzkommission (DHK) hier ohne Angabe von Gründen keinen Handlungsbedarf sieht, findet die SVP-Fraktion äusserst fragwürdig. Sie bittet den Gemeinderat anzugeben, wann und unter welchen Umständen die DHK diesbezüglich angefragt wurde. Die Fraktion begrüsst, dass der Gemeinderat das Thema nochmals aufnimmt und die nötigen Abklärungen macht, möchte aber aufgrund der Verbindlichkeit an der Motion festhalten. Zuletzt stellt Jürg Blaser fest, dass die Fassade des Imhofhauses, die erst vor drei Jahren renoviert wurde, bereits wieder in einem desolaten Zustand ist. Er fragt den Gemeinderat, ob er diesen Mangel rechtzeitig geltend gemacht hat und wann die Fassade wieder hergestellt wird.

Vreni Dubi: Im Gegensatz zu den Vorrednern ist die *SP-Fraktion* für eine Beibehaltung des Status quo. In der Vorlage hatte es weder Läden noch Simse und V. Dubi wehrt sich dagegen, dass man immer erst im Nachhinein die Dinge korrigieren will, anstatt sie von Anfang an zu planen. Sie versteht nicht, wieso man jetzt noch für viel Geld die verlangten Sachen installieren soll.

Beatrice Büschlen: Die Grüne/EVP unterstützt den Antrag des Gemeinderates, plädiert aber dafür, dass die Altlasten zum Thema Schlosspark zuerst bereinigt werden. Für sie haben die Fensterläden keine Dringlichkeit.

Silvia Bräutigam, CVP: Ihre Fraktion ist auch der Meinung, dass eine Motion der falsche Weg ist und stimmt für eine Umwandlung in ein Postulat.

SVP, Urs-Peter Moos ist unter den gegebenen Umständen bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Vreni Dubi: Die *SP-Fraktion* stellt den Antrag, dass das Postulat dann gleich abgeschrieben wird.

Roger Moll, FDP: Da der Mit-Motionär, Urs-Peter Moos, mit einer Umwandlung einverstanden ist, stimmt er dieser auch zu, obwohl er eigentlich gerne an der Motion festhalten würde. Er erklärt, dass das Imhofhaus seit 1708 Fensterläden hatte und dass es durch unglückliche Umstände zu den weissen Simsen gekommen ist. In der Vorlage für den Investitionskredit, die mit 90% Ja-Stimmen angenommen wurde, stand das Imhofhaus im Fokus. Für ihn ist es eine Sünde, dass jetzt die Einheit der Materie nicht gewährleistet ist.

FDP, Markus Ziegler korrigiert als Mitglied des damaligen Komitees gegen das Projekt die Ja-Stimmen nach unten. Es gab eine Zustimmung von 2/3. Für ihn ist die einzige, grosse Sünde eine ordnungspolitische. Das ganze Riesenprojekt wurde auf einen politischen Schlitten geladen und nun diskutiert man auf politischem Weg über Fensterläden, Treppen etc.. Dereinst wird man wahrscheinlich über die Möblierung diskutieren dürfen... Mit diesem Fehler muss man jetzt leben, doch hofft Markus Ziegler, dass daraus gelernt wird, Politisches von Gestalterischem zu trennen.

Die beiden Motionäre werden nochmals gefragt, ob sie mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden sind.

Abstimmung Überweisung des Postulats:

28 Ja, 6 Nein, 2 Enthaltungen

Abstimmung Antrag SP für Abschreibung des Postulats:

Der Antrag wird mit 26 Nein, 9 Ja und 1 Enthaltung abgelehnt.

://: Die Motion wird in ein Postulat umgewandelt und überwiesen.

Traktandum 7**Gesch. Nr. 192**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011:

Ortsplanungsrevision: Zonenplan Siedlung und LandschaftEintreten:

Severin Brenneisen: Die SP ist wegen der Komplexität der Materie für eine Überweisung in eine Kommission. Fragen wie: „Warum ist die Holz matt immer noch in der Zone Öffentliche Werke?“ oder: „Warum ist die Aussichtszone beim Margarethengut plötzlich weg?“ sind aufgetaucht. Obwohl einiges erklärt und begründet wurde, bestehen Unsicherheiten, die sie gerne genauer abklären möchten. Beim Aussichtspunkt ist z.B. nicht klar, wer für die aufgestellten Verbotstafeln zuständig und ob es überhaupt öffentlicher Grund ist.

Nach Meinung der SP-Fraktion kann der Plan Familiengärten so übernommen werden. Die Einzonung in eine Spezialzone erscheint ihr richtig. Auch beim neuen Zonenplan Mühlematten folgt die Fraktion dem Gemeinderat.

Willy Müller FDP: Seine Fraktion stimmt den fünf Zonenplänen und den Mutationen zu. Sie erachtet es auch als richtig, dass der Gemeinderat den Zeitpunkt des Inkrafttretens festlegen kann. Die Mutationen wurden teilweise durch kantonale Auflagen nötig. So muss beispielsweise eine OeWA einer Zweckbestimmung zugeteilt werden.

Holz matt: Die OeWA mit Zweckbestimmung Werkhof ist für die Gemeinde ein strategisch wichtiger Punkt. Schafmatten: Es ist richtig, dass das Gebiet WG3-Zone bleibt, neu ist die Uferschutzzone.

Mühlematten: Bleibt OeWA mit Zweckbestimmung Schulanlagen und Sport. Margarethen: Hier ist die Erweiterung der Landwirtschaftszone mit überlagerter Freihaltezone neu. Östlich des Bauernhofs Rediger ist die Freihaltezone offen, was die Erstellung eines landwirtschaftlichen Gebäudes möglich macht. Die Aufhebung der Aussichtszone hat auch bei der FDP zu Diskussionen geführt. Eine Abklärung ergab, dass ein zusätzlicher Aussichtsschutz unnötig ist, da er mit diesem Plan gewährleistet ist. Bruderholz/Familiengärten: Hier bleibt alles beim Alten und somit kann dem Gemeinderat in allen Anträgen gefolgt werden.

Roy Ewald: Die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderats mit Ausnahme des Antrags 2 zu. Dabei handelt es sich um die Parzelle 1491 mit dem heutigen Werkhof-Areal. Die Binninger Bevölkerung hat sich unlängst dafür ausgesprochen, dass der Werkhof am heutigen Standort bleibt. Soll der Standort an der Parkstrasse auch für zukünftige Generationen sichergestellt werden, muss er aus der WG3-Zone genommen und in eine OeWA mit Zweckbestimmung Werkhof eingeteilt werden. In der Beurteilung auf Seite 2 des Berichts schreibt der Gemeinderat, dass die in einem dichten Wohnquartier liegende Parzelle zu klein ist für einen Werkhofneubau mit den aktuellen Anforderungen. Zu dieser Behauptung werden keinerlei Fakten geliefert. Dies verunmöglicht eine abschliessende Beurteilung am heutigen Abend und die SVP-Fraktion beantragt eine Ablehnung des Antrags 2. Eine Ablehnung gibt dem Gemeinderat die Gelegenheit, zu einem späteren Zeitpunkt mit genaueren Angaben wieder an den Einwohnerrat zu gelangen und macht eine Überweisung in die BPK unnötig.

CVP, Alex Achermann dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die beiden Vorlagen 192 und 193. Es geht hier um die bei der Totalrevision des Zonenplans ausgesparten Gebiete. Da in zwischen diverse Entscheide gefällt wurden, können jetzt auch diese Zoneneinteilungen beschlossen werden. Die CVP-Fraktion befürwortet, dass der Gemeinderat die Initiative „Landschaftsschutz“ als separate Vorlage unterbreiten will. Sie ist grundsätzlich mit den Anträgen einverstanden. Sollte es aber von einzelnen Fraktionen Widerstand geben, ist sie einer Überweisung in die Bau- und Planungskommission nicht abgeneigt.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Sie dankt für die sorgfältig ausgearbeitete Vorlage und teilt mit, dass die Fraktion fünf von sechs Anträgen zustimmt. Einige davon wurden in der BPK bereits ausführlich besprochen. Für die Parzelle 1491/Werkhof Parkstrasse wünscht die Grüne/EVP eine Einteilung in die blaue Zone. Auf dem Bruderholz werden Gebiete mit „wird noch nicht beschlossen“ bezeichnet, weil die Landschaftsschutzinitiative noch hängig ist. Die gleiche Bezeichnung soll auch die Parzelle 1491 erhalten.

Abstimmung Antrag SP für Überweisung in BPK:

Der Antrag wird mit 26 Nein zu 8 Ja und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Agathe Schuler, Gemeinderätin möchte noch ein paar Bemerkungen seitens des Gemeinderats machen: Aus strategischen Gründen soll die Holzmatte OeWA mit Zweckbestimmung Werkhof bleiben. Da der Antrag 2 umstritten ist und die SVP heute nicht darüber entscheiden und die Vertagung überweisen möchte, legt Agathe Schuler dem Rat ans Herz, an diesem Abend nicht einfach irgendwelche Zonen zu beschliessen. Das sei gefährlich und risikobehaftet, weil jede Umzonung Reaktionen hervorrufe. Der Zonenplan Margarethen könnte allenfalls auch nicht beschlossen werden. Andernfalls könnte sie über diesen Plan später noch detailliert Auskunft geben. Die Mutation zum Zonenplan Bruderholz Familiengärten bewirkt einfach, dass die Bezeichnung „Teilzonenplan“ wegfällt, alles andere bleibt, wie es ist. Zur Festlegung des Zeitpunkts der Inkraftsetzung meldet sie sich nochmals, wenn es zur Abstimmung kommt.

Nachdem der Präsident vorschlägt, über die Anträge 1, 3, 4, 5 und 6 zusammen abzustimmen und Punkt 2 danach separat zu behandeln, beantragt Urs-Peter Moos, über jeden Antrag einzeln abzustimmen.

Abstimmung Antrag 1:

Einstimmig angenommen.

SVP, Urs-Peter Moos plädiert dafür, Antrag 2 aus den von Agathe Schuler genannten Gründen zurückzustellen, d.h. diese Mutation nicht zu beschliessen. Die SVP möchte zuerst noch genau wissen, ob man sich mit der Zustimmung zu WG3 etwas vergibt, was die langfristige Sicherung des Werkhofs am heutigen Standort anbelangt.

Mike Keller, Gemeinderat: Solange der Werkhof in der Parkstrasse ist, geniesst die Gemeinde Besitzstandswahrung. Das bedeutet, dass der Werkhof auch dann weiter unterhalten werden kann, wenn er in eine Zone kommt, die zukünftig weitere Möglichkeiten ermöglichen würde. Falls man irgendwann zum Schluss kommt, dass ein neuer Werkhof an einem anderen Standort errichtet werden muss, ist gewährleistet, dass ohne Zonenplanänderung gebaut werden kann.

SP, Vreni Dubi fragt Gemeinderätin Agathe Schuler ob man nicht verpflichtet ist, die Uferschutzzone einzuführen.

Gemeinderätin Agathe Schuler erläutert, dass der Gemeinderat am Birsig, wo immer möglich, eine Uferschutzzone ausgeschieden hat. So auch entlang des Werkhofs. Wenn der Mutation zugestimmt wird, gibt es diese Uferschutzzone, sonst kommt sie einfach später. Im Moment ist der Werkhof an seinem Standort gesichert und es ist nicht empfehlenswert, Umzonungen vorzunehmen, wenn keine Baupläne vorhanden sind. Niemand hat die Absicht, irgendwo einen grösseren Werkhof zu bauen. Frau Schuler ist der Meinung, dass man jetzt dem Antrag zustimmen kann und so die Planbeständigkeit garantiert.

Urs-Peter Moos: Die SVP möchte nach dem klaren Volksentscheid die Option offenhalten, allenfalls einen grösseren Werkhof am bestehenden Standort zu bauen. Urs-Peter Moos entnimmt den Äusserungen der beiden Gemeinderäte, dass bereits damit spekuliert wird, den Werkhof mittelfristig an

einem anderen Ort anzusiedeln. Da man nicht unter Zeitdruck ist, hat der Gemeinderat die Möglichkeit, die Bedenken der Fraktion aus dem Weg zu räumen.

Gemeinderätin Agathe Schuler weist noch einmal darauf hin, dass Umzonungen immer erst dann vorgenommen werden sollen, wenn konkrete Projekte vorhanden sind. In diesem Fall soll alles so bleiben, wie es seit den 60-er Jahren ist, als der Werkhof gebaut wurde. Der Antrag der SVP ist im Moment unnötig.

Gemeinderat Mike Keller: Die Binninger Bürger haben einen gemeinsamen Werkhof mit Bottmingen am vorgeschlagenen Standort abgelehnt. Es wurde nicht darüber abgestimmt, ob bei Bedarf dort ein neuer Werkhof entstehen soll. Es ist im Moment bedeutend einfacher, Besitzstandwahrung zu halten, als zum jetzigen Zeitpunkt, wo noch nichts für die Zukunft geplant ist, etwas in die Wege zu leiten.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Also spielt es auch keine Rolle, wenn hier noch nichts beschlossen wird. Es ist die gleiche Situation wie auf dem Bruderholz, wo die Fraktion auch noch offene Fragen hat. Es ist kein Problem, die Sache aufzuschieben.

Severin Brenneisen, SP: Die Annahme des Antrags 2 bewirkt einzig und allein, dass es neu Uferschutzzonen gibt. Seiner Meinung nach ist es richtig, dass die Gemeinde in einem für die Ökologie wichtigen Bereich die Uferschutzzone umsetzt.

SVP, Urs-Peter Moos empfindet das als Scheinargumentation, da sich der Uferbereich nicht verändert, ob das Geschäft beschlossen wird oder nicht. Er interpretiert die Aussagen des Gemeinderates dahingehend, dass er früher oder später den Werkhof von diesem Standort weghaben will.

Gemeindepräsident Charles Simon wehrt sich gegen diese Unterstellung. Diese Zonenmutation ist nichts weiter als eine Formalität ohne jegliche Hintergedanken.

Auf *Gaida Löhr's (SP)* Hinweis, dass das Gebiet bereits WG3-Zone ist und sich also nichts ändert, entgegnet *Urs-Peter Moos*, dass es hier um die Ortsplanrevision geht und man sich bei Annahme der Anträge für 15 Jahre festlegt.

Abstimmung Antrag 2:

22 Ja, 14 Nein, keine Enthaltungen

Abstimmung Antrag 3:

Einstimmig angenommen

Severin Brenneisen, SP möchte von Agathe Schuler nähere Informationen zum Antrag 4.

Agathe Schuler, Gemeinderätin: Laut Abteilung Grundplanung/Umwelt und Herrn Vogt vom *Plan-team S* ist die Signalisation „Aussichtszone“ unnötig, weil das ganze Ensemble (Kirche und sämtliche Gebäude der Landwirtschaft) seit den 70-er Jahren unter kantonalem Heimat- und Denkmalschutz steht. Da der nördliche Hang eine Freihaltezone ist, kann auch dort nicht gebaut werden, was die Aussicht garantiert. Die Aussichtsterrasse gehört einer privaten Immobilienfirma, die die Areale an diverse Personen vermietet und verpachtet. Wenn man mit der Situation, wie sie momentan dort ist, nicht zufrieden ist, muss man mit dem Eigentümer sprechen. Mit raumplanerischen Massnahmen lassen sich Privatareale nicht öffnen oder erschliessen.

Zur Frage der Landschaftsschutzzone zwischen der Sternwarte und dem Fussweg: Das ganze Landwirtschaftsareal Binningens ist heute in der Freihalteschutzzone. Das bedeutet, dass nur dort, wo die Baufelder freigehalten werden, landwirtschaftliche Bauten erstellt werden dürfen. Es macht Sinn, das Gebiet (auch beim Hof von Herrn Rediger) in der Freihalteschutzzone zu belassen. Landschaftsschutzzone wird dort ausgeschieden, wo es spezielle ökologische Landschaft zu erhalten

und aufzuwerten gibt. In ganz Binningen ist kein Landwirtschaftsgebiet in dieser Zone eingeteilt. Die Zoneneinteilungen des ganzen Plans wurden zusammen mit den kantonalen Fachstellen (Amt für Landwirtschaft und Amt für Raumplanung) erarbeitet.

FDP, Pascal Treuthardt plädiert dafür, dass die Aussichtzone weiterhin als solche auf dem Plan bleibt. Für die Binninger ist nicht schlüssig, wieso diese Bezeichnung wegfallen soll. Wenn der Kanton der Meinung ist, dass § 18 (Freihaltezone) und § 14 (Geschützte Objekte) genügen, kann er das streichen, auf dem Binninger Plan soll diese Aussichtszone weiterhin eingezeichnet sein.

FDP, Markus Ziegler versteht das Anliegen seines Kollegen, da der Margarethenhügel mit der Kirche nicht nur für Binningen, sondern auch für die Stadt Basel und die gesamte Region ein wichtiges Wahrzeichen ist. Agathe Schulers Erläuterungen besagen, dass eine Aussichtszone nicht unbedingt nötig ist, daraus lässt sich auch schliessen, dass man sich nichts vergibt, wenn die Zone so beibehalten wird. Der Redner unterstützt Pascal Treuthardts Antrag.

Der *Präsident, Christian Schaub* liest den Antrag vor:

„Der Kirchweg vor der St. Margarethen-Kirche wird von der Kreuzung Friedhofstrasse bis und mit der Margarethenstrasse als Aussichtszone beibehalten.“

Abstimmung Antrag:

33 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung

Abstimmung Antrag 4 mit Änderung:

Einstimmig angenommen

Abstimmung Antrag 5:

Einstimmig angenommen

Agathe Schuler, Gemeinderätin: *„Der Gemeinderat legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens nach der regierungsrätlichen Genehmigung fest.“* Dies wurde im Februar dieses Jahres bereits für das gesamte Zonenreglement beschlossen und wird hier auch unter Antrag 6 sowie unter Punkt 2 Traktandum Zonenreglement beantragt. Agathe Schuler informiert, dass das kantonale Amt für Raumplanung die Meinung vertritt, dass alle kantonalen Vorschriften mit dem Tag der Genehmigung durch den Regierungsrat sofort in Kraft treten. Dem Gemeinderat erscheint diese Regelung nicht praxistauglich und hat sie deshalb bei der Schweiz. Fachinstanz und der Vereinigung für Landesplanung prüfen lassen. Die Beurteilung lautet wie folgt: *„Die Gesetze des Kantons Baselland deuten darauf hin, dass das Inkraftsetzungsdatum aufgrund der Gemeindeautonomie Sache der Gemeinden ist.“* Der Gemeinderat lässt weitere Abklärungen machen und wird zu gegebenem Zeitpunkt wieder informieren. Einer Beschlussfassung steht seiner Meinung nach nichts im Wege.

Abstimmung Antrag 6:

28 Ja, 8 Nein, keine Enthaltung

- ://: 1. Die Mutation zum Zonenplan Siedlung und Landschaft Holzmatt (Zoneneinteilung öffentliche Werke und Anlagen OeWA mit Zweckbestimmung Werkhof) wird beschlossen.**
- 2. Die Mutation zum Zonenplan Siedlung und Landschaft Schafmatten (Zoneneinteilung Wohn- und Geschäftszone WG3 und Uferschutzzone) wird beschlossen.**
- 3. Die Mutation zum Zonenplan Siedlung und Landschaft Mühlematten (Zoneneinteilung öffentliche Werke und Anlagen OeWA mit Zweckbestimmung Schulanlagen und Sport) wird beschlossen.**
- 4. Die Mutation zum Zonenplan Siedlung und Landschaft, Margarethen (Zoneneinteilung Landwirtschaft LW mit Lärmempfindlichkeitsstufe III und mit überlagerter Freihaltezone) wird mit folgender Ergänzung beschlossen:**
- „Der Kirchweg vor der St. Margarethen-Kirche wird von der Kreuzung Friedhofstrasse bis und mit der Margarethenstrasse als Aussichtszone beibehalten.“***
- 5. Die Mutation zum Zonenplan Siedlung und Landschaft (Zoneneinteilung Spezialzone Familiengärten Sp F) wird beschlossen.**
- 6. Der Gemeinderat legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens nach der regierungsrätlichen Genehmigung fest.**

Traktandum 8

Gesch. Nr. 193

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011:

Ortsplanungsrevision: Zonenreglement Siedlung und Landschaft

Eintreten:

Willy Müller, FDP: Das kantonale Amt für Raumplanung hat für den Teilzonenplan Kirschbaumacker ein paar Anpassungen verlangt. Im neuen Zonenreglement Siedlung und Landschaft sollen diese nun übernommen werden. Es wurden nur unter Ziffer 33 (Gebäudeprofil) inhaltliche Veränderungen vorgenommen. Neu werden die Einstellhallen nicht mehr zur Gebäudehöhe gezählt. Vor allem bei den Baugesuchsverfahren sind die vorgesehenen Präzisierungen von Vorteil und die FDP-Fraktion stimmt den beiden Anträgen zu.

Roy Ewald: Die SVP-Fraktion unterstützt die gemeinderätlichen Anträge. Nur bei Ziffer 28 (Haupt- und Nebengebäude), Absatz 2 beantragt sie, dass Waschküchen, Estrich- und Kellerräume sowie Schutzräume weiterhin in Nebenbauten realisiert werden können.

Rahel Bänziger,: Die Grüne/EVP folgt den Anträgen des Gemeinderats, lehnt den Antrag der SVP aber ab mit dem Verweis auf all die Hausfrauen, die im Nebengebäude z.B. waschen müssen.

CVP, Alex Achermann: Auch seine Fraktion stimmt den Anträgen des Gemeinderats zu.

Severin Brenneisen, SP: Dasselbe gilt für die SP.

FDP, Sven Inäbnit: Aus Sicht seiner Fraktion ist der Antrag der SVP nicht nötig, da es sich nicht um eine abschliessende Aufzählung handelt.

Abstimmung Antrag SVP:

Der Antrag wird mit 24 Nein, 11 Ja und 1 Enthaltung abgelehnt.

Abstimmung Antrag 1:

Einstimmig angenommen.

Abstimmung Antrag 2:

28 Ja, 8 Nein

Abstimmung: Keine 2. Lesung:

Einstimmig angenommen.

://: 1. Die Anpassungen im Zonenreglement Siedlung und Landschaft der Gemeinde Binningen vom 30.8.2011 werden beschlossen.

2. Der Gemeinderat legt den Zeitpunkt des Inkrafttretens nach der regierungsrätlichen Genehmigung fest.

Traktandum 9**Gesch. Nr. 149**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 5.7.2011:

Postulat SP: Strom und Wärme vom Dach: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend ÜberweisungEintreten:

Gaida Löhr: Die SP-Fraktion ist froh, dass der Gemeinderat gewillt ist, sich für Sonnenenergie einzusetzen. Sie hofft, dass in Zukunft bei Haussanierungen und Neubauten die Sonnenenergie wirklich konsequent eingesetzt wird. Der Kanton bezeichnet Fernwärme als erneuerbar und selbstverständlich soll die WBA nicht konkurrenziert werden. Doch da immer noch knapp 90% der verbrauchten Energie auf Öl und Gas beruht, sollte die Sonnenenergie intensiv gefördert werden.

Susanna Keller, SVP: Auch ihrer Fraktion sind Umweltschutz und Nachhaltigkeit ein wichtiges Anliegen. Sie unterstützt, dass bei Neubauten und Renovationen von gemeindeeigenen Liegenschaften der Einbau einer Solaranlage geprüft wird. Die Verbindlichkeit jedoch, die einen Einbau von Solaranlagen bei geeigneten Objekten unbesehen der finanziellen Aufwendungen und Möglichkeiten fordert, lehnt sie ab, weil der Finanzbedarf mit den vorliegenden Angaben nicht abgeschätzt werden kann. Dagegen wird die zweite Forderung, die Vermietung von Dachflächen ohne eigene Investition, unterstützt.

Die SVP kann nicht nachvollziehen, dass der Gemeinderat das Postulat überweisen will, da es aus zwei Forderungen besteht, wovon der Gemeinderat die erste ablehnt und der zweiten zustimmt. Für eine Überweisung müsste er beiden Forderungen zustimmen und aufzeigen, wie er die finanziellen Mittel der Forderung A einkalkulieren kann. Die Fraktion stellt den Antrag, über beide Teile des Postulats einzeln abzustimmen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP stimmt im Namen ihrer Fraktion der Überweisung zu. Die Vermietung der Dachflächen ist eine interessante Option. Die Förderung von zusammenhängenden Dachflächen als Produktionsanlagen bei geeigneten Liegenschaften ist eine weitere Möglichkeit. Die

Gemeinde könnte die Koordination oder zumindest eine Vermittlerrolle übernehmen. Man ist der Meinung, dass bei der Ausarbeitung eines derartigen Konzepts das Jugend-Solarprojekt berücksichtigt werden soll. Da sich insbesondere bei der Solarenergie die Technik laufend verändert, verbessert und erweitert, soll das Konzept offen gehalten werden, damit auch weitere, bisher noch nicht definierte Lösungen, möglich bleiben.

Peter Heiz, Die FDP-Fraktion steht dem Postulat grundsätzlich positiv gegenüber. Ihre Einwände betreffen die gemeinderätliche Bemerkung zur WBA und die so absolut gehaltene Formulierung des Postulats. Ausserdem würde sie sich auch je eine Abstimmung zu Teil A und B wünschen.

Christian Schaub, Präsident will über den Antrag der SVP abstimmen lassen.

Urs-Peter Moos, SVP: Das liegt nicht in ihren Händen. Man wollte einfach den Widerspruch des Gemeinderats in seiner Stellungnahme aufzeigen. Auch der Gemeinderat kann nicht bestimmen, welchen Teil des Postulats er annimmt. Entweder er akzeptiert das Ganze oder lehnt eine Überweisung ab. Die SVP wäre dankbar, wenn jetzt die SP (wie vorher umgekehrt die SVP) das Absolute unter Punkt A etwas entschärfen würde. Dann unterstützt sie das Postulat gerne.

SP, Vreni Dubi entgegnet, dass dies ein Postulat, keine verpflichtende Motion sei. Der Gemeinderat muss die Sache prüfen und sollte er dann der Meinung sein, dass sie nicht umsetzbar ist, sieht die Sache anders aus.

Gemeinderätin Anne Mati unterstützt Vreni Dubis Aussage. Dieser Antrag soll „im Sinne der Erwägungen“ überwiesen werden, sodass der Gemeinderat sagen kann, was er zu tun bereit ist. Dass bei Neubauten sowieso die intelligenteste Anlage geprüft wird, versteht sich von selbst.

FDP, Markus Ziegler versteht die Einwände der SVP. Er hat den Eindruck, dass die Meinungen gemacht sind und möchte zu Protokoll geben, dass seitens der Postulanten klar gemacht wurde, dass man bereit ist, die Antwort des Gemeinderats anzuschauen und dann allenfalls anders zu entscheiden. Im Grundsatz ist man ja meistens dafür, bei den Details kann es problematisch werden.

Abstimmung Überweisung des Postulats:

34 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung

://: Das Postulat wird überwiesen.

Traktandum 10

Gesch. Nr. 162

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011

Postulat Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Begleichung der Rechnung der Eingliederungsstätte Baselland: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

Eintreten:

Grüne/EVP, Rahel Bänziger ist sehr erleichtert, dass der Fehler beim Einpacken keine negativen Auswirkungen auf weitere Aufträge der Gemeinde hat. Das Vorgehen der ESB – Eingestehen des Fehlers, Eruiierung der Ursache und Verbesserung der Abläufe – hat sicher viel dazu beigetragen. Die Postulantin ist mit der Abschreibung des Postulats einverstanden. Es ging ihr vor allem darum, das vorbildliche Fehlermanagement der ESB zu honorieren und die Bestätigung zu erhalten, dass der wertvollen Institution keine Nachteile des Fehlers wegen entstehen.

Jürg Blaser: Die SVP-Fraktion unterstützt die Zusammenarbeit mit der ESB und möchte auch in Zukunft daran festhalten. Ihrer Meinung nach besteht aber kein Anlass, die Rechnung der ESB im Zusammenhang mit den Landratswahlen im März dieses Jahres nachträglich zu begleichen. Die ESB hat den Fehler zugegeben und keine Forderungen gestellt. Die Gemeinde hat aus Kulanz auf Forderungen gegenüber der ESB verzichtet, obwohl durch diesen Fehler ein beträchtlicher Mehraufwand und Imageschaden entstanden ist. Die SVP lehnt das Postulat ab.

FDP, Jürg Humbel ist froh, dass Rahel Bänziger das Postulat abgeschwächt hat. Anfänglich hatte er Mühe damit, dass die Gemeinde nach diesem Fehler quasi als Bittstellerin für eine Rechnung an die ESB gelangen sollte. Die FDP-Fraktion möchte das Postulat nicht überweisen, da ja alles erfüllt ist.

Markus Ziegler, FDP versteht den Gemeinderat nicht. Er erklärt, warum er das Postulat ablehnt, gleichzeitig beantragt er Überweisung und Abschreibung. In letzter Zeit sei dieses Vorgehen Mode geworden. Wahrscheinlich getraut man sich nicht, den Ratsmitgliedern zu sagen, dass man dieses Postulat nicht will. Für Markus Ziegler ist dies ein Postulat, das man nicht überweisen kann. Trotzdem der Gemeinderat diese Meinung teilt, kommt er zum Schluss, dass es überwiesen und abgeschrieben werden soll. Der Redner ist entschieden gegen ein derartiges Wischi-Waschi-Gebaren, ausserdem ist bei einer Überweisung/Abschreibung nichts erfüllt. Er bittet darum, dass in Zukunft klar deklariert wird, ob ein Postulat überwiesen und erfüllt werden soll oder nicht.

Gemeindepräsident Charles Simon stimmt Markus Ziegler zu. Formal habe er sicher Recht. Doch da sich der Gemeinderat mit der Sache bereits beschäftigt hat, war dieses Vorgehen für ihn logisch. Man will weiter mit der ESB zusammenarbeiten und die Sache ist für ihn erledigt.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Der Auftrag an den Gemeinderat, zu prüfen und zu berichten, ist für sie erfüllt, da die Stellungnahme ausführlich ist.

Abstimmung Überweisung und Abschreibung des Postulats:

20 Ja, 15 Nein, 1 Enthaltung

://: Das Postulat wird überwiesen und als erledigt abgeschrieben.

Traktandum 11

Gesch. Nr. 168

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011

Interpellation SP: Familienexterne Kinderbetreuung

Gemeinderätin Nicole Schwarz beantwortet die Fragen der SP-Fraktion:

1. Plant der Gemeinderat bereits konkret ein Angebot im Bereich der Ferienbetreuung?

Ja.

Der Gemeinderat wird dem Einwohnerrat eine Vorlage betreffend Einführung einer familienergänzenden Ferienbetreuung im Rahmen der Schule noch dieses Jahr unterbreiten. Die zu bewilligenden Mittel wurden vorsorglich ins Budget 2012 aufgenommen.

Zur Erinnerung: Im Landrat ist ein Geschäft zur Revision des Bildungsgesetzes hängig. Heute hat die Schule bei Bedarf Mittagstische anzubieten, neu sollen auch eine Nachmittagsbetreuung und eine Ferienbetreuung angeboten werden. Die Kommissionsberatungen zu diesem Geschäft sind abgeschlossen, die parlamentarische Beratung steht noch aus. So wie es heute aussieht, könnte es noch eine Weile dauern, bis der Kanton in diesem Zusammenhang verbindliche Vorgaben macht.

In Binningen führen wir das gesetzlich vorgeschriebene, bedarfsgerechte Mittagstischangebot seit einigen Jahren erfolgreich an 4 von 5 Standorten. Seit 2010 hat Binningen an zwei Standorten eine Nachmittagsbetreuung, aber keine Ferienbetreuung.

In den letzten Monaten hat der Gemeinderat ein entsprechendes Angebot skizziert. Dabei konnte er sich auf ein Konzept abstützen, welches ihm der Schulrat von Kindergarten und Primarschule in der ersten Jahreshälfte 2011 zur Umsetzung beantragt hatte.

2. Macht der Gemeinderat das Angebot einer Ferienbetreuung vom In-Kraft-Setzen des FEB-Reglementes abhängig oder wird dem Bedürfnis nach diesem Angebot unabhängig davon entsprochen?

Nein. Die Ferienbetreuung kann terminlich unabhängig vom In-Kraft-Setzen des FEB-Reglementes angeboten werden, sofern der Einwohnerrat dem Vorhaben und Budget zustimmt.

3. Kann ab Sommer 2012 in Binningen mit einem Angebot zur Ferienbetreuung gerechnet werden?

Ja, der Gemeinderat sieht eine Einführung der Ferienbetreuung per Sommerferien 2012 vor, dies setzt aber voraus, dass der Einwohnerrat der entsprechenden Vorlage zustimmt und die entsprechenden Mittel ins Budget aufgenommen werden.

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Vreni Dubi, SP, möchte, dass das nächste Geschäft noch behandelt wird, da noch nicht 22 Uhr ist.

Präsident Christian Schaub weist darauf hin, dass noch zwei Anfragen zu beantworten sind und fragt, ob *Vreni Dubi* einen Ordnungsantrag stellt.

Vreni Dubi stellt einen Antrag, weil die Anfragen nach 22 Uhr behandelt werden müssen.

Abstimmung Antrag V. Dubi:

Der Antrag wird mit 21 Nein, 12 Ja und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Traktandum 12

Gesch. Nr. 161

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 6.9.2011:

Motion SP: Kommunale Reklameregulung: Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 7. November 2011 traktandiert.

Traktandum 13**Gesch. Nr. 180**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 30.8.2011:

**Postulat Christoph Anliker, SVP: Wie weiter mit den Binninger Gemeindefinanzen unter dem Harmonisierten Rechnungslegungsmodell (HRM2):
Stellungnahme des Gemeinderats betreffend Überweisung****174**

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 7. November 2011 traktandiert.

Traktandum 14**Gesch. Nr. 176**

Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 9.8.2011

Interpellation Katrin Bartels, CVP: betr. Bauabrechnung, Kostenkontrolle und Datenablage des Projekts Alters- und Pflegeheim Schlossacker

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 7. November 2011 traktandiert.

Traktandum 15**Gesch. Nr. 179**

Bericht des Gemeinderats vom 6.9.2011:

Interpellation Urs Brunner, SVP: Wohnsitznahme der Kaderangestellten der Gemeinde Binningen

://: Das Geschäft wird für die nächste Sitzung vom 7. November traktandiert.

Traktandum 16**Diversa****Anfrage Patricia Kaiser, SP: Wie geht es weiter mit § 41 der kommunalen Finanzordnung?****Gesch. Nr. 199***Gemeinderat Mike Keller:*

Da HRM2 um ein weiteres Jahr verschoben wurde, wird gefragt, wann der Gemeinderat einen Vorschlag zur bereinigten kommunalen Finanzordnung bringt.

Antwort: Sobald vom Kanton ein Entwurf zu HRM2 vorliegt, kann weitergearbeitet werden. Es ist sehr wichtig zu wissen, welche Änderungen es gibt. Im Speziellen geht es um die Abschreibungs- und Vorfinanzierungsregeln. Der Gemeinderat hat seine Ideen mittlerweile festgehalten, ist aber blockiert, solange der Kanton nichts liefert. Mike Keller versichert, dass der Einwohnerrat informiert wird, wenn es Neuigkeiten gibt.

Anfrage Simone Abt, SP: Stand und Durchgangsplätze für Schweizer Fahrende**Gesch. Nr. 194***Frage:*

Würde sich Binningen finanziell beteiligen, wenn der im Bezirk Arlesheim erforderliche Standplatz (wo auch immer er zu liegen kommt) vom Kanton ausgeschieden und zur Verfügung gestellt wird?

Agathe Schuler, Gemeinderätin:

Momentan läuft eine kantonale Vernehmlassung zur Ergänzung des Kantonalen Richtplans. Es soll ein neues Objektblatt „Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende“ geben und dazu ein „Gesetz über Stand- und Durchgangsplätze für Fahrende“.

Ziel ist es, im Kanton Baselland Stand- und Durchgangsplätze anbieten zu können, die planungs- und zonenrechtlich gesichert sind. Die Rede ist von einem Platz pro Bezirk. Das ist eine Aufgabe der Raumplanung, deshalb ihr Geschäftskreis.

Um das Planungs-Ziel zu erreichen, sieht das neue Gesetz mit 5 § Folgendes vor:

Grundsatz: Kanton und Gemeinden stellen die erforderlichen Plätze für Schweizer Fahrende zur Verfügung; Kanton und Gemeinden legen gemeinsam die Standorte für diese Plätze fest.

Planung: KRIP und kommunale Zonenpläne der Standortgemeinden halten die jeweiligen Rahmenbedingungen fest.

Verantwortlichkeit des Kantons: der Kanton stellt auf seine Kosten Grundstücke im Verwaltungsvermögen und Infrastruktur zur Verfügung.

Verantwortlichkeit der Standortgemeinde: sie sorgen für Betrieb und Unterhalt. Sie können von den Benutzenden maximal kostendeckende Tagespauschalen verlangen.

Nun zur Frage: Die Antwort ist nein, weil eine Kostenbeteiligung laut den Vernehmlassungsunterlagen nicht vorgesehen ist, weder für Standortgemeinden noch für andere Gemeinden. Auf Anfrage hat das kantonale Amt für Raumplanung, das zuständig ist für das Vernehmlassungswerk, bestätigt, dass keine finanziellen Beteiligungen für Gemeinden anfallen werden.

Bis zum 5. November 2011 läuft die Vernehmlassung zu diesem Gesetzeswerk. VBLG „Verband Baselbieter Gemeinden“ und die Gemeinde Binningen beteiligen sich. Sollten Entscheide für die Gemeinde Binningen nötig werden, so können diese erst gefällt werden, wenn das neue Gesetz vom Landrat beschlossen ist.

Der *Präsident, Christian Schaub*, erklärt die Sitzung für geschlossen.

Die nächste Einwohnerrats-Sitzung findet am Montag, 7. November 2011, 19.30 Uhr, statt.